

IHK FRANKFURT

JAHRESEMPFANG AM 22. JANUAR 2026



Unternehmerfamilie: Dagmar Bollin-Flade gibt nach und nach Aufgaben etwa in der Personalverwaltung an ihre Schwiegertochter Anne Flade ab, Sohn Constantin organisiert mit seinem Vater Bernd Flade das Tagesgeschäft Foto Michael Braunschädel

Als Kind ist Constantin Flade im Betrieb seiner Eltern manchmal auf einem Gabelstapler mitgefahren. Die Armaturenfabrik Christian Bollin, die Spezialventile für Chemieunternehmen, Raffinerien und Kraftwerke herstellt, kennt er also von klein auf. Dass Flade mittlerweile selbst der Geschäftsführung angehört, ist dennoch keine Selbstverständlichkeit: Nach seinem Studium habe er zunächst für Opel gearbeitet und auch darüber nachgedacht, Testfahrer für den Autobauer zu werden, sagt der heute 41 Jahre alte Wirtschaftsingenieur. Seine Eltern hätten ihn stets unterstützt. „Es war nie so, dass ich gezwungen wurde, das Unternehmen zu übernehmen.“

Seine Mutter, Dagmar Bollin-Flade, sagt dazu, wenn weder Constantin noch sein Bruder Alexander das Unternehmen hätten weiterführen wollen, hätte sie es verkauft. Allerdings funktioniert das nicht immer, wie Statistiken zeigen: Die deutschen Industrie- und Handelskammern verzeichneten 2024 rund 10.000 Beratungsgespräche zum Thema Nachfolgesuche, aber nur 4000 Gespräche mit Übernahme-Interessenten. Bis 2030 steht nach Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in ganz Deutschland in 186.000 Unternehmen ein Generationenwechsel an, in Hessen liegt die Zahl bei 13.600. Außer Sprechtagen zum Thema, wie sie auch die IHK Frankfurt Rhein-Main regelmäßig anbietet, kann bei der Suche nach einem Nachfolger das unter anderem von den Kammern betreute Onlinevermittlungsportal Nexxt-Change helfen.

Bei der Armaturenfabrik Christian Bollin stellte sich das Problem nicht, denn 2020 hält er die Mehrheit der Unternehmensanteile, die Geschäftsführung teilt er sich aber bis heute mit seiner Mutter, der Enkelin des Unternehmensgründers, und mit seinem Vater Bernd Flade. Beide sind 69 Jahre alt.

Die einschneidendste Veränderung nach Constantin Flades Einstieg war der Umzug des Unternehmens mit 30 Mitarbeitern von Frankfurt nach Oberursel 2017. Das alte Werksgelände in Frankfurt-Sossenheim sei zu klein geworden, Lieferanten von Bollin hätten Vierzigtonner auf der Hauptstraße entladen müssen, sagt Flade. Auch in den Hallen habe es an Platz gemangelt, sodass er zu der Überzeugung gelangt sei: „Wenn das Unternehmen weiter existieren möchte, dann müssen wir an einen neuen Standort wechseln.“ Die Entscheidung für Oberursel habe dann die ganze Familie getroffen.

Ansonsten vollziehe sich der Übergang fließend, sagt Bollin-Flade, die sich um

Personal und Qualitätssicherung kümmert. Im Tagesgeschäft hätten Vater und Sohn zunächst viel gemeinsam gemacht, „dann wurde sukzessive geschaut, was Constantin selbständig machen kann“.

Bollin-Flade weiß, dass ein Generationenwechsel nicht immer funktioniert. Sie gehört seit Jahrzehnten der Vollversammlung der IHK Frankfurt an, 15 Jahre lang war sie deren Vizepräsidentin, sie ist also bestens vernetzt und bekommt auch aus anderen Unternehmen viel mit. „Ich weiß von einer Molkerei, da wäre die Übergabe fast geplatzt, weil die Tochter des Unternehmers einen neuen Joghurtdeckel entworfen hat.“ Ohne es zu wissen, habe die junge Frau damit ihren Vater gekränkt, der darüber aber nicht gesprochen habe, sagt Bollin-Flade.

Sie selbst habe deshalb für den Generationenwechsel im eigenen Betrieb einen Unternehmensberater als „externen Moderator“ hinzugezogen: „Der kam in den ersten zwei Jahren einmal im Vierteljahr und sagte dann irgendwann selbst: ‚Ich muss hier gar nichts tun.‘“ Constantin Flade sagt, entscheidend sei, bei Unstimmigkeiten direkt das Gespräch zu suchen: „Sofort ansprechen, wenn was ist, und dann funktioniert das Ganze.“

Mittlerweile arbeitet auch seine Frau für die Armaturenfabrik Bollin. Anne Flade war ursprünglich in einer ganz anderen Branche tätig, sie leitete die Debitorenabteilung eines Frankfurter Hotelkonzerns. Als sie Kinder bekam, sei ein Wiedereinstieg in Teilzeit dort aber nicht möglich gewesen, sagt Constantin Flade. Deshalb habe seine Frau angefangen, stundenweise für das Familienunternehmen zu arbeiten. Nach neun Jahren – das Paar hat drei Kinder – habe sie dann entschieden, gar nicht mehr zu ihrem alten Arbeitgeber zurückzukehren.

Ein Grund dafür sei die größere Flexibilität im Familienbetrieb gewesen, sagt Constantin Flade. „Im eigenen Unternehmen hat man die Freiheit, wenn der Kindergarten schließt, die Kinder abzuholen – und sich dann eben abends um 18 oder 19 Uhr wieder an den Schreibtisch zu setzen.“

Aus ganz ähnlichen Erwägungen hatte Dagmar Bollin-Flade in den Achtzigerjahren, als ihr Vater schon kurz vor dem Verkauf des Unternehmens stand, gemeinsam

RHEIN-MAIN In mehr als 180.000 deutschen Familienunternehmen steht bis 2030 ein Generationenwechsel an.

Zwei Beispiele aus dem Kammerbezirk der IHK Frankfurt Rhein-Main.

Von Florentine Fritzen und Barbara Schäder

mit ihrem Mann entschieden, den elterlichen Betrieb weiterzuführen. Eigentlich hatte sie vorgehabt, nach ihrem Maschinenbaustudium zu promovieren, fürchtete aber, dass sich eine Karriere in der Branche schwer mit ihrem Wunsch nach einer eigenen Familie vereinbaren ließe: „Mir war klar, nach dem Mutterschutz von sechs Monaten hätte ich als Frau im Maschinenbau nur als technische Zeichnerin wieder anfangen können. Wiedereinstiegsprogramme für junge Mütter gab es damals nicht.“

Deshalb habe sie mit ihrem Mann „nach einer durchsprochenen Nacht“ entschieden, die Armaturenfabrik zu übernehmen.

Inzwischen tritt das Ehepaar etwas kürzer – freitags haben Bollin-Flade und ihr Mann frei, und sie gönnen sich auch mehr Urlaub als früher. Dafür halten die beiden in den Schulferien die Stellung, wenn der Junior mit seinen Kindern unterwegs ist. Und so wie früher Constantin fährt auch dessen Jüngster, sechs Jahre alt, gern mal auf dem Gabelstapler mit.

Einen Nachfolger aus der eigenen Familie wünschen sich viele Unternehmer, und bei jedem zweiten Inhaberwechsel handelte es sich in der Vergangenheit tatsächlich um eine familieninterne Lösung, wie aus der Studie des Instituts für Mittelstandsforschung hervorgeht. Das Institut hat mehr als 20 empirische Erhebungen zu Unternehmensübergaben aus den vergangenen 40 Jahren analysiert und die Ergebnisse zusammengefasst. Demnach wurden 54 Prozent der erfassten Unternehmen von Verwandten der Alteigentümer übernommen. Die Bedeutung der familieninternen Nachfolgelösungen sei allerdings leicht rückläufig, heißt es dort weiter: In den seit 2010 erfassten Datensätzen liege ihr Anteil bei 51 Prozent.

Wie schwierig sich die Nachfolgesuche gestalten kann, wenn in der Familie kein Interesse besteht, zeigt der Fall des Restaurants Schützenhof in Schloßborn. Seit ungefähr vier Jahren ist die Traditionsstätte im Taunus geschlossen. Vor einem halben Jahr ist das Gastronomiepaar aus der Wohnung im Dachgeschoss des denkmalgeschützten Hauses ausgezogen. 45 Jahre lang haben Martina und Lothar Mohr das Restaurant in dem Ortsteil von Glashütten im Hochtaunuskreis betrieben, in dritter Generation. Als Gaststätte wird das älteste Fachwerkhaus des Dorfs schon viel länger genutzt: Seit 1728 ist der Ausschank im Schützenhof verblieben.

Lothar Mohrs Großeltern kauften den Gasthof nach dem Krieg von der damaligen Betreiberfamilie. Die Eltern führten ihn als Wirtshaus zum Skatspielen weiter. 1976 machten die bis auf Weiteres letzten Betreiber die Kneipe dann zum Gourmetlokal. Der Schützenhof der Mohrs war bei den Schloßbornern beliebt und auch weit über den Taunus hinaus bekannt. Die beiden haben aus Altersgründen aufgehört; die Tochter hatte andere Pläne. Jetzt bleibt die Küche kalt.

Ob die Tradition aufleben kann, liegt seit fast zwei Jahren in den Händen eines Beraters. Das Gastronomiepaar hat sich an Ralf Wolter gewandt, dessen Bad Homburger Unternehmen „living Monuments“ sich auf das Wiederbeleben historischer Immobilien spezialisiert hat. In Eppstein, wo Wolter früher Bürgermeister war, hatte der CDU-Politiker 2007 zur Entstehung

der „Wunderbar“ im ebenfalls denkmalgeschützten Bahnhof beigetragen.

Auch für den Schützenhof schwelt dem Berater ein Konzept mit Essen und Trinken, Kultur und Musik vor. Zudem bietet Wolter das Ensemble als Hochzeits-Location an. Außer dem Fachwerkhaus mit den roten Eichenbalken gehört ein Anbau aus Backstein aus dem Jahr 1898 dazu. Zur Jahrhundertwende wurde darin getanzt. Der Ballsaal mit den Holzdielel und Wandgemälden verfällt seit Jahrzehnten.

Zusätzlich zum Kaufpreis müssten Investoren also viel Geld in eine Sanierung nach den Vorgaben des Denkmalschutzes stecken. Ein Risiko, wie Wolter weiß. Hinzu komme die abgesiedene Lage in einem Dorf unterhalb des Feldbergs hinter Königstein. In solchen Gegenden funktioniert Gastronomie nach Überzeugung des Beraters nur über überregionale Bekanntheit oder eine spezielle Sparte. Aber die Gastronomie leide eben auch unter Personalnot und hohen Kosten. Wolter sagt: „Banken, die bereit sind, denkmalgeschützte Gastronomieprojekte zu finanzieren, sind rar gesät.“

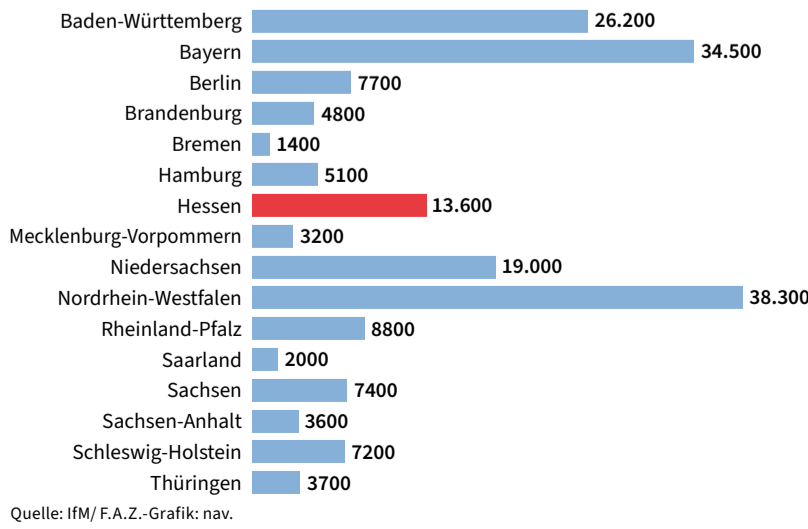
Ende Oktober ist der historische Gasthof für einen Sonntag zum Leben erwacht. Wolter organisierte eine Art Tag der offenen Tür für die Schloßborn und für „musik- und veranstaltungsaffine“ Investoren, die Orte in B- oder C-Lage ohne den Anreiz durch derlei Veranstaltungen nach seiner Erfahrung oft gar nicht erst aufsuchen. Wurst und Apfelwein, ein Jazztrio und eine Multimediashow zur Geschichte und zur möglichen Zukunft des Schützenhofs hätten über den Tag verteilt etwa 400 Interessierte angelockt. Daraus hätten sich etliche Gespräche ergeben. Auch auf der Leipziger Denkmalmesse hat Wolter das Konzept für den Schützenhof vorgestellt. Bisher ohne Erfolg.

Sollte sich kein neuer Betreiber finden, ginge der Schützenhof in die Statistik der Unternehmen ein, die mit dem Ausscheiden der Alteigentümer verschwinden. Unter den 10.000 Unternehmen, die im Jahr 2024 auf der Suche nach Nachfolgern den Rat der Industrie- und Handelskammern einholten, erwog laut DIHK-Nachfolgereport jeder Vierte eine Betriebsschließung.

Die Mohrs und ihr Berater Wolter wollen aber noch nicht aufgeben – und sind auch zu Kompromissen bereit: Im Mai 2024 wurde ein Kaufpreis von 1,1 Millionen Euro genannt. Das sei nur als Richtwert gedacht gewesen, der sicherlich nicht zu erzielen sei, sagt Wolter jetzt. Sollte es mit einer Nutzung als Gaststätte nicht klappen, seien die Eigentümer auch bereit, die Suche für Investoren mit anderen Plänen zu öffnen. Schöner fänden es die Mohrs aber, wenn im Schützenhof wieder gekocht, bewirtet, gegessen, getrunken und gefeiert würde.

Zur Übergabe anstehende Unternehmen

2026 bis 2030





Flughafen

Bei Terminal 3 mitziehen

Für die Fraport AG geht es in den nächsten Monaten vor allem darum, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Terminal 3 wie geplant im April ans Netz gehen kann. Bisher haben das Stephanie Pudwitz und Harald Rohr als Geschäftsführer-Team der Fraport Ausbau Süd GmbH trotz Pandemie, Ukrainekriegs und massiver Störungen der globalen Lieferketten so gut hinbekommen, dass auch Fraport-Vorstandschef Stefan Schulte voll des Lobes ist. „Terminal 3 ist keine Baustelle mehr“, stellte er kürzlich fest. Er tat es sichtlich erfreut, was verständlich ist, da der vier Milliarden Euro teure Bau als größtes privat finanziertes Infrastrukturprojekt in Europa gilt und letztlich in seiner Verantwortung liegt.

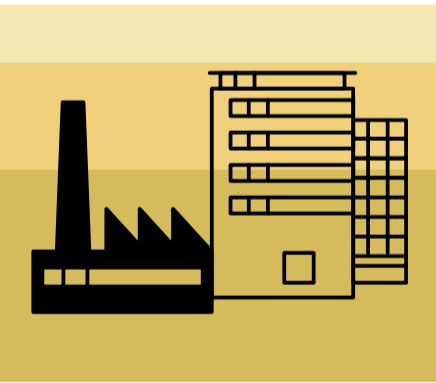
Von der Stadt Frankfurt erwartet sich der Konzern die Unterstützung, die man sich von einem Miteigentümer, der gut 20 Prozent der Fraport-Anteile hält, bei der Realisierung eines solchen Megaprojektes erwarten kann. Dass in der Frankfurter Kommunalpolitik auch die Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Klima und der Fluglärm eine Rolle spielen, ist auch dem Fraport-Management bewusst. Immerhin will Fraport bis spätestens 2045 den Flughafen Frankfurt im Status „Net Zero“, also treibhausgasneutral und CO₂-frei, betreiben. Der Strommix soll sich weitestgehend aus erneuerbaren Energien zusammensetzen. Als Hauptanteilseigner der Fraport AG steht das Land Hessen hinter dem Fraport-Konzern und seiner Nachhaltigkeitsstrategie, von der Stadt Frankfurt kann man das auch erwarten. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass rund 90 Prozent des Ausstoßes am Flughafen auf den Flugverkehr entfallen. Auch was den Fluglärm betrifft, ist Fraport auf die Airlines angewiesen. Denn je schneller diese auf sparsamere und leisere Flugzeuge umstellen, um so schneller gelingt es, den CO₂-Ausstoß und den Fluglärm messbar zu reduzieren.



Finanzwirtschaft

Warten auf die Schule

Normalerweise äußert sich die Spitze der Europäischen Zentralbank nicht zu kommunalpolitischen Themen. Dass EZB-Präsidentin Christine Lagarde im September in einer schier unendlichen Diskussion doch die Stimme erhob, sollte den zuständigen Politikern deshalb zu denken geben. Lagarde beklagte in ungewöhnlich deutlich Worten, dass für die Europäische Schule immer noch kein Standort gefunden sei, und bezeichnete die provisorische Unterbringung als „beschämend“. Für die EZB, die in Frankfurt Mitarbeiter aus vielen Nationen beschäftigt, ist die Europäische Schule wichtig, und auch bei der Bewerbung um die Antigeldwäschebehörde AMLA, die inzwischen in Frankfurt ihre Arbeit aufgenommen hat, wurde zugesagt, für Kinder von Mitarbeitern Plätze an internationalen Schulen zur Verfügung zu stellen. Dass das nicht funktioniert, wirft kein gutes Licht auf den Bankenstandort Frankfurt, zumal die Schule ein relevanter Faktor für die Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte im Finanzsektor ist. Die neue Stadtregierung sollte das Thema also schnell angehen – und darüber hinaus im Blick haben, dass die überragende Bedeutung der Finanzbranche für Frankfurt kein Selbstläufer ist, sondern der Finanzplatz weiterentwickelt werden muss. Dazu gehört, bessere Rahmenbedingungen für Finanz-Start-ups und Gründer allgemein zu schaffen und die Interessen der Branche noch besser zu koordinieren. Die Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance sollte dafür besser ausgestattet werden. Zudem machen auch Vertreter der Banken und Finanzdienstleister immer wieder deutlich, dass die Situation rund um den Frankfurter Hauptbahnhof dringend verbessert werden muss. Die Aufenthaltsqualität rund um das Bankenviertel ist beim Werben um Fachkräfte, vor allem aus dem Ausland, ein echter Standortnachteil, der dringend behoben werden muss.



Industrie

Mehr Platz für die Produktion

Für Industriebetriebe in Frankfurt fehle es an „Gewerbe- und Entwicklungsflächen“, sagt Andrea Eckert, die Vorsitzende des Industrieausschusses der IHK. Hinzu kämen „Einschränkungen des Wirtschaftsverkehrs – etwa durch den Wegfall von Fahrspuren oder den schlechten Zustand von Industriestraßen“. Die Verkehrsanbindung spiele auch für die Industrie im Hochtaunuskreis, wo Eckerts eigenes Unternehmen Weppler Filter ansässig ist, und im Main-Taunus-Kreis eine zentrale Rolle. Überdies fordert Eckert eine Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsprozessen. Zwar sind viele Verfahren durch Bundes- oder Landesrecht geregelt, über Flächennutzungs- und Bebauungspläne entscheiden aber die Kommunen. Überprüft werden sollten nach Auffassung der IHK zudem kommunale Satzungen – damit können Gemeinden Vorschriften zur äußeren Gestaltung von Bauvorhaben machen. Als zu detailliert kritisiert die IHK schon länger die Frankfurter Gestaltungssatzung Freiraum und Klima mit ihren Vorgaben etwa zur Begrünung von Dächern und Fassaden.

Was sich die Wirtschaft wünscht

FRANKFURT Mehr Gewerbeflächen, mehr Wohnungen, weniger Bürokratie: Die Wunschliste der Frankfurter Wirtschaft vor den Kommunalwahlen ist lang.



Achtung, Stufe: Der ÖPNV in der Region gilt als verbesserungsfähig. Foto dpa

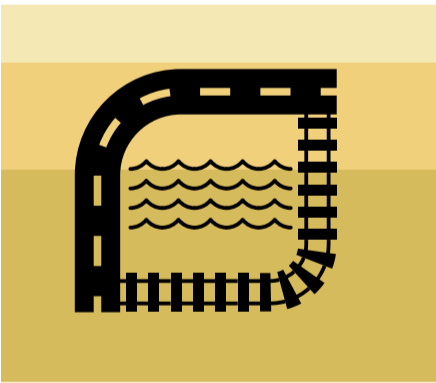


Einzelhandel

Stadt muss erreichbar sein

Dass immer mehr Verbraucher ihre Einkäufe im Internet erledigen, können die Frankfurter Stadtpolitiker nicht verhindern. Sie können laut Frank Albrecht, dem Vorsitzenden des Einzelhandelsausschusses der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, aber dafür sorgen, dass alle, die es vorziehen, in einem Ladengeschäft einzukaufen, weiter gerne in die Innenstadt kommen. Erreichbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit – das ist der Dreiklang, der in diesem Zusammenhang auch von anderen Handelsvertretern aus der Kammer regelmäßig zu hören ist. Für Albrecht, Seniorchef der Traditionsparfumerie Albrecht mit zwei Filialen in der Stadt, geht es dabei nicht nur allein um die gute Verkehrsanbindung der Innenstadt, sondern auch um Parkgebühren. Hohe Preise für das Parken seien ein Hindernis für Konsumenten aus dem Umland, sagt er.

Zudem wünscht sich Albrecht bei Umbauten zu Fahrradstraßen mit Vorrang für Radfahrer wie am Oeder Weg mehr Sensibilität für die Interessen der Einzelhändler. Auf der Prioritätenliste für die Kommunalwahl steht des Weiteren der Wunsch nach mehr Engagement für eine saubere Innenstadt. „Der Zustand mancher Häuser ist nicht gut.“ Konkret schwebt Albrecht ein Projekt zur Beseitigung von Schmierereien an Hauswänden vor. Beim Thema Sicherheit hat sich nach Albrechts Einschätzung („wir loben auch und meckern nicht nur“) schon viel zum Positiven bewegt. Die Frankfurter Polizei habe ihre Präsenz erhöht. Allein das sorge bereits für eine bessere „gefühlte Sicherheit“ bei den Besuchern. Grundsätzlich ist die Innenstadt nach Ansicht des altgedienten Einzelhändlers auf einem guten Weg. „Die Straßen sind immer voll, es sind viele Touristen in der Stadt. Wir können uns nicht beklagen.“ Allerdings räumt Albrecht ein, dass sich der Modeeinzelhandel seit Corona noch nicht stabilisiert habe.



Verkehr

Interessen besser abwägen

Erst fragen, dann umgestalten: Diesen Wunsch äußern Gewerbetreibende regelmäßig, wenn wie an der Eschersheimer Landstraße ein neuer Radweg angelegt wird. Denn meist fallen dadurch Parkplätze weg, andere sind schlechter erreichbar, und manche der ersatzweise angelegten Lieferzonen liegen nicht an der passenden Stelle. IHK-Vizepräsidentin Susanne von Verschuer vermisst einen „Abwägungsprozess zwischen wirtschaftlichen Interessen und verkehrlichen Zielen“. Hinzu kommen die vielen Baustellen im Stadtgebiet, die den Verkehr behindern. Eine bessere Kommunikation und mehr Verlässlichkeit sind daher Schlüsselforderungen der IHK.

Auch die Handwerkskammer sorgt sich nach Worten von Hauptgeschäftsführer Christof Riess um die Erreichbarkeit des Bäckers, aber auch um die Parkmöglichkeit für den Installateur, der einen Auftrag beim Kunden erfüllt. Der Nahverkehr wiederum ist für viele Beschäftigte wichtig und entlastet die Straßen. Doch auch hier ist angesichts von unterbesetzten Stellwerken, Personalmangel und Baustellen mehr Zuverlässigkeit gefragt.



Bau

Hürden abbauen

Wenn es um die Frage geht, wie der Wohnungsbau wieder angekurbelt werden könnte, kommt aus der Immobilienwirtschaft an erster Stelle die Forderung nach kürzeren Genehmigungszeiten und weniger Regulierung. Das betrifft die Vorschriften der Hessischen Bauordnung ebenso wie kommunale Satzungen und Beschlüsse. In Frankfurt schreibt der sogenannte Baulandbeschluss in Neubaugebieten hohe Quoten für den geförderten Wohnungsbau vor. Nach Ansicht von Jürgen Conzelmann, Vorsitzender des Bau- und Immobilienausschusses der IHK, ist das ein gravierendes Investitionshemmnis. Der frei finanzierte Wohnungsbau werde dadurch verteuert.

Ein Dorn im Auge sind ihm auch die Milieuschutzsatzungen, die in bestimmten Frankfurter Stadtteilen die Modernisierung von Wohnhäusern erschweren, sowie die geplante Leerstandssatzung, mit der die Stadt ungenutzte Wohnungen ermitteln und wieder dem Markt zuführen möchte. Conzelmann sieht darin unnötige Bürokratie. Er hält es für sinnvoller, die Kapazitäten der Stadtverwaltung auf die Ausweisung neuer Baugebiete zu konzentrieren. Es sei ein Fehler gewesen, das Baugebiet Günthersburghöfe mit rund 1500 Wohnungen im Nordend nicht weiterzuverfolgen.

Für 2026 setzt die Bauwirtschaft auf die positiven Wirkungen der Mittel aus dem Sondervermögen. Sie müssten jetzt auch zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden und dürften nicht dazu dienen, Haushaltslöcher zu stopfen, fordert Jochen Wachenfeld-Teschner, Präsident des Bauindustrieverbands Hessen-Thüringen. Ihm bereitet große Sorgen, dass in Hessen der öffentliche Hochbau, der zum Beispiel Schulen, Kulturbauten oder Gerichtsgebäude betrifft, in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 um rund 30 Prozent gegenüber dem ohnehin schon schwachen Vorjahr eingebrochen ist.



Start-ups

Weniger Symbolpolitik

Dass die Zahl neuer Start-ups im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2024 gestiegen ist, reicht nicht aus, damit Marco Adelt sich freut. Für den Vorsitzenden des Start-up-Ausschusses der Industrie- und Handelskammer Frankfurt muss die Kommunalpolitik vielmehr „den Finger in die Wunde legen“, schauen, was schief läuft: Frankfurt brauche Fokus, nicht das zehnte Förderungsinstrument für Start-ups, wie er es ausdrückt, sondern ein Leuchtturmprojekt, das ausstrahlt und Akteure bündelt: Start-ups, Universitäten, Unternehmen, Investoren. Wie viele andere lobt Adelt Futury, die Start-up-Factory, die 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat und genau das leisten soll. Die Stadtpolitik müsse sich aber grundlegend ändern. 2024 habe die Stadt trotz eines Haushaltsüberschusses von mehr als 200 Millionen Euro aufgrund sprudelnder Gewerbesteuern den Frankfurter Gründerpreis ausfallen lassen. Für Adelt ein fatales Zeichen. Als der Preis im vergangenen Jahr wiederkam, wurde dann viel Steuergeld für eine PR-Beratung und Medienkampagne ausgegeben, mehr als das Preisgeld des Gründerpreises insgesamt. Adelts Fazit: „Wir haben genug Geld, aber ein Steuerungsproblem.“ Politische Entscheidungen würden zu oft von ideologischen Gedanken geprägt, statt sich an wirtschaftlicher Vernunft und Standortlogik zu orientieren. „Wir haben viel zu wenig wirtschaftlichen Sachverstand im Römer“, sagt er. Das müsse sich dringend ändern.

Herr Caspar, die IHK Frankfurt hat in ihrer Kampagne zur Kommunalwahl 2026 das Leitmotiv „Mehr Wirtschaft wagen“ geprägt. Das klingt nach Aufbruch, impliziert aber auch, dass derzeit etwas fehlt. Was genau vermissen Sie in der kommunalen Politik dieser Region?

Mir fehlt das klare Bewusstsein dafür, dass es gilt, wirtschaftlichen Erfolg aktiv zu ermöglichen. Wachstum entsteht nicht von selbst. Politik sollte Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen begünstigen – für Unternehmen, aber letztlich auch für die Menschen in dieser Region.

Deutschland gilt als Industrienation, das Rhein-Main-Gebiet als wirtschaftlich stark. Wenn Sie von fehlendem Bewusstsein sprechen: Hat sich der politische Blick auf Wirtschaft in den vergangenen Jahren verändert?

Wir hatten bundesweit eine Rezession, zugleich aber in unserer Region zuletzt ein moderates Wachstum gesehen. Das führt bei manchen politischen Akteuren zu dem trügerischen Eindruck, alles sei in Ordnung. Aber Frankfurt und die Region sind eine Wirtschaftsmetropole. Unsere Rolle als Region ist die einer Lokomotive für das gesamte Land. Dafür reichen die aktuellen Wachstumszahlen nicht. Wir sollten Investoren aktiv begleiten – statt sie auszubrem sen. Und es ist erforderlich, Engpässe zu beseitigen, etwa den Mangel an Gewerbe- und Wohnflächen. Denn wirtschaftliche Schwäche trifft am Ende vor allem die Kaufkraftschwächsten. Wachstum ist keine elitäre Frage, sondern eine soziale.

Vieles wird von Bundes- und Landespolitik überlagert. Was kann Kommunalpolitik konkret leisten, um Unternehmen zu stärken?

Zwei Themen sind entscheidend. Erstens Infrastruktur: Straßen und Schienenwege sollten schneller ausgebaut werden. Fahrspurreduzierungen sind nicht hilfreich. Wir brauchen mehr Kapazitäten, kreuzungsfreie Verkehre, zusätzliche U- und S-Bahn-Verbindungen und attraktive Umsteigepunkte vom Auto in Bahnen. Zweitens digitale Infrastruktur: Es reicht nicht, Glasfaser zu fordern. Wir brauchen auch Rechenzentren. Ohne leistungsfähige physische und digitale Netze ist wirtschaftliches Wachstum nicht möglich.

Was ließe sich kurzfristig umsetzen?

Zunächst wäre es wünschenswert, wenn Bund und Land die gesetzlichen Voraussetzungen schafften, damit notwendige Maßnahmen schneller realisiert werden können. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Verkehrsprojekte zehn Jahre dauern müssen. Auf kommunaler Ebene können wir sofort ansetzen – etwa beim überbordenden Satzungsrecht. Statt jede einzelne Regel zu diskutieren, schlagen wir vor, Satzungen zu bündeln: Was ist zwingend notwendig, was sollte empfehlenden Charakter haben? Mehr Soll- statt Muss-Vorschriften bedeuten mehr Tempo, Innovation und Handlungsspielraum.

Über Bürokratieabbau wird seit Jahren geredet.

Und das Ergebnis ist mehr Regulierung. Aktuell sehe ich aber ein Zeitfenster, in dem sich etwas bewegt. Ein Beispiel sind die technischen Baubestimmungen auf Landesebene: Statt einzelne Regeln abzuschaffen, sollen rund 10.000 Vorschriften ihren verpflichtenden Charakter verlieren. Das wäre ein Einschnitt, wie wir ihn bislang nicht erlebt haben. Ich habe den Eindruck, dass Politik erkennt: Ohne große Schritte kommen wir nicht voran.

Trotzdem entsteht der Eindruck, dass sich Politik lange auf dem wirtschaftlichen Erfolg der Region ausgeruht hat.

Der DAX verstellt hier den Blick. 80 Prozent der Umsätze und 90 Prozent der Gewinne der DAX-Konzerne entstehen im Ausland. Er spiegelt nicht die Lage der deutschen Wirtschaft wider, sondern ihre internationale Stärke. Auch steigende Gewerbesteuererinnahmen in Frankfurt senden ein falsches Signal. Ja, der Region geht es gut – aber sie müsste deutlich besser dastehen, um Schwächen in anderen Branchen auszugleichen. Besonders die Industrie steht massiv unter Druck, auch hier.

Ist die starke internationale Ausrichtung der Unternehmen in Zeiten geopolitischer Unsicherheit ein Risiko?

Internationale Märkte waren immer volatil. Deshalb geht es darum, dass Unternehmen nicht auf einzelne Länder angewiesen sind. Außerhalb von den USA und China gibt es dynamische Wachstumsmärkte in Asien sowie in Mittel- und Südamerika. Voraussetzung, um dort Fuß zu fassen, ist allerdings, dass Unternehmen schnell entscheiden können – und nicht durch Überregulierung gebremst werden.

Wie nehmen Sie derzeit die Stimmung in den Unternehmen wahr?

Wir sehen eine Investitionszurückhaltung, vor allem in der Industrie. Gleichzeitig rechnen wir aufgrund der internationalen Anbindung für 2026 mit positiven Entwicklungen in der Region. Auch bundesweit hoffen wir auf einen Aufschwung.



Fordert mehr politischen Mut: Ulrich Caspar ist seit 2019 Präsident der IHK Frankfurt am Main.

Foto: Lucas Bäuml

ein klarer Wunsch der Betriebe, der Beschäftigten und der Kundinnen und Kunden. Gerade Unternehmen, die auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sind, spüren sehr deutlich, dass ein unzuverlässiger oder als problematisch wahrgenommener ÖPNV ein Standortnachteil ist.

Ein weiteres Zukunftsthema sind Rechenzentren. Droht Frankfurt hier an Boden zu verlieren?

Grundsätzlich sehen wir bei den Rechenzentren eine strategisch richtige Entwicklung, die auf frühen und klugen politischen Entscheidungen beruht. In den 1990er-Jahren wurde ermöglicht, dass private Unternehmen Glasfaserkabel im öffentlichen Straßenraum verlegen durften. Das hat dazu geführt, dass Frankfurt frühzeitig über eine außergewöhnlich leistungsfähige digitale Infrastruktur verfügt hat. So konnte sich hier der bedeutendste Internetknoten Deutschlands entwickeln. In der Folge haben sich zahlreiche Daten- und Rechenzentren angesiedelt. Innerhalb der EU kann man mit guten Gründen von einer europäischen Digitalisierungshauptstadt sprechen. Gerade vor dem Hintergrund der politischen Diskussion über digitale Souveränität und die Abhängigkeit von anderen Kontinenten wäre es eigentlich folgerichtig, diese Entwicklung fortzuschreiben. Wenn wir digitale Angebote und Datenverarbeitung stärker in Europa halten wollen, brauchen wir leistungsfähige Standorte – Frankfurt ist dafür prädestiniert. Leider erleben wir derzeit in der kommunalen Planungspolitik das Gegenteil. Statt unterstützender Rahmenbedingungen gibt es zunehmend restriktive Vorgaben. In einzelnen Fällen geht das so weit, dass Unternehmen ihre Rechenzentren nicht einmal auf dem eigenen Grundstück erweitern dürfen. Diese Rahmenbedingungen kann man kaum als wirtschaftsfreundlich bezeichnen. Es besteht die Gefahr, dass Investitionen ausgebremst werden und Frankfurt seine herausragende Stellung auf diesem Zukunftsfeld verliert – obwohl hier Chancen für Wachstum, Wertschöpfung und technologische Unabhängigkeit liegen.

Welche weiteren Themen nennen Unternehmen im Vorfeld der Kommunalwahl?

Der Zustand von Schulen und Berufsschulen wird ebenso häufig kritisiert wie das Bahnhofsviertel – insbesondere mit Blick auf die Sicherheit weiblicher Beschäftigter. Auch die Sauberkeit von Einkaufsbereichen stört viele Unternehmen. Es gibt viele Stellschrauben, bei denen eine wohlhabende Stadt mehr leisten könnte.

Und im Umland?

Im Umland – insbesondere im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis – erleben wir die politischen Entscheidungen oft als wirtschaftsfreundlicher. Gleichwohl werden uns auch dort von Betrieben zwei Themen immer wieder genannt: der Mangel an Flächenausweisungen und Defizite in der Verkehrsinfrastruktur. Beides hängt eng zusammen. Viele Betriebe, die sich erweitern wollen, finden keine geeigneten Flächen. Unternehmen, die neu investieren möchten, finden ebenfalls keine Grundstücke – weder für Gewerbe noch für andere Nutzungen. Gleichzeitig beklagen die Kommunen in diesen Kreisen, dass sie zu geringe Gewerbesteuer- oder Steuereinnahmen haben. Dieser Widerspruch erklärt sich jedoch sehr klar: Wo keine Flächen ausgewiesen werden, können sich auch keine Unternehmen ansiedeln oder erweitern. Hinzu kommt, dass sich viele Kommunen im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis durch die regionale Flächennutzungsplanung eingeschränkt fühlen. Sie sehen zu wenig Spielraum, um neue Bau- und Gewerbegebiete auszuweisen. Auch das ist letztlich ein kommunalpolitisches Thema. Ein Ergebnis dieser Zurückhaltung ist der massive Anstieg der Bodenpreise. Dieser ist kein Naturereignis, sondern das Resultat eines zu geringen Angebots bei gleichzeitig hoher Nachfrage. Für das Angebot an Flächen haben die Kommunen jedoch faktisch ein Monopol. Wenn dieses Monopol nicht genutzt wird, verschärfen sich die Probleme – für Unternehmen ebenso wie für Beschäftigte und für den gesamten Wohnungsmarkt der Region.

Was stimmt Sie trotz allem optimistisch? Unsere internationale Anbindung, die Stärke der Finanzwirtschaft und die Chancen auf dem Feld von Digitalisierung und KI. Wenn wir diese Stärken konsequent nutzen, hat dieser Standort eine sehr gute Zukunft.

Das Gespräch führte **Daniel Schleidt**.

„Wir müssen Lokomotive sein“

FRANKFURT IHK-Präsident Ulrich Caspar fordert, dass sich die Kommunalpolitik nicht auf dem Erfolg der Wirtschaftsregion Frankfurt ausruht – und erklärt, was Betriebe nun brauchen, um erfolgreich arbeiten zu können.

Frankfurt wird oft als Solitär wahrgenommen, ist aber eingebettet in eine starke Wirtschaftsregion. Welche Rolle spielt die regionale Zusammenarbeit?

Eine zentrale. Für Menschen und Unternehmen spielen kommunale Grenzen kaum eine Rolle mehr. Beschäftigte, Kundinnen und Kunden bewegen sich in der gesamten Region. Deshalb setzen wir uns für möglichst wenige Hemmnisse ein – etwa bei Park-and-Ride-Angeboten oder im regionalen Verkehr.

Kann die Tatsache, dass die Region 2026 World Design Capital ist, diese regionale Perspektive stärken?

Der regionale Aspekt ist nur ein Teil. Frankfurt ist weder Bundes- noch Landeshauptstadt, lebt aber von internationaler Wahrnehmung. Die World Design Capital bietet die Chance, weltweit Aufmerksamkeit zu erzeugen – allerdings bräuchte es dafür mehr wahrnehmbare und starke Akzente anstatt vieler kleiner Projekte. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist die Bereitschaft der Unternehmen zum Sponsoring leider, aber verständlicherweise zurückgegangen.

Wird das Designjahr noch ein Erfolg?

Das wird man nach den zentralen Veranstaltungen beurteilen können. Große Ereignisse wie die Eröffnung von Terminal 3 oder das Lufthansa-Jubiläum haben inter-

naionale Strahlkraft. Beides steht für Mobilität, Design und Vernetzung – zentrale Stärken dieser Region. Wichtig ist, dass die Rolle der Wirtschaft für die Demokratie thematisiert wird, denn sie ist prägend für die Region. Wir als IHK haben hier entsprechende Vorschläge gemacht.

Ein zentrales Streitthema in Frankfurt ist die Verkehrspolitik. Wird sie aus Ihrer Sicht ideologisch geführt?

Aus unserer Sicht geht es in der Verkehrspolitik nicht um ideologische Fragen, sondern um praktische Bedarfe. Wir schauen darauf, wie unsere Mitgliedsunternehmen funktionieren und worauf sie angewiesen sind. Die Realität ist, dass viele Menschen in der Region nicht in unmittelbarer Nähe einer U- oder S-Bahn-Station leben. Für sie beginnt der Weg nach Frankfurt mit dem Pkw. Wenn diese Menschen ihr Ziel in Frankfurt mit dem Auto nicht erreichen können, sollten ihnen zumindest attraktive und verlässliche Umsteigemöglichkeiten angeboten werden. Daran fehlt es derzeit häufig. Diese Situation hat auch wirtschaftliche Konsequenzen. Die Umsätze könnten höher sein, die Erträge besser, die Leerstände in der Stadt geringer, wenn insbesondere kaufkräftige Kundinnen und Kunden aus dem Umland Frankfurt problemlos erreichen könnten. Die aktuelle Verkehrspolitik führt dazu, dass dieses Potential nicht ausgeschöpft wird.

Das Geschehen in Ihrer Region für Sie im Blick.

F.A.Z. Metropol: das Wirtschaftsmagazin für Entscheider in Hessen.

- Ihr Überblick über die relevanten wirtschaftspolitischen Entwicklungen und Trends.
- Wertvolle Orientierung und Impulse zur regionalen Unternehmenswelt dank vertiefenden Hintergründen und exklusiven Einblicken.
- Neues in der Metropolregion entdecken mit Empfehlungen für Kultur und Freizeit.

QR-Code scannen oder kostenlos abonnieren unter **faz.net/metropol**

Verantwortlich für Anzeigen:
Jelisaweta Scherdel, RheinMain.Media,
Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG,
Waldstraße 226, 63071 Offenbach,
Telefon (069) 85 008-307, E-Mail: service@rmm.de

Druck: VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim; Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Die Beilage und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Anschrift der Redaktion und des Verlags:
Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main;
Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen),
Telefon (0 69) 75 91 - 0.

„IHK Frankfurt“

Eine Beilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung / Rhein-Main-Zeitung.

Redaktion: Daniel Schleidt (verantwortl.); Patricia Andreae, Ole Kaiser, Petra Kirchhoff, Barbara Schäder;
Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus;
Bildredaktion: Henner Flohr;
Grafische Gestaltung: Holger Windfuhr;
Zuständig: Boris Wilde;

Eine Region in Zahlen

1,22 Mio.

Einwohner leben im Kammerbezirk der IHK Frankfurt.

11,1 Mio.

Übernachtungen und 6,4 Millionen Übernachtungsgäste registrierte Frankfurt im Jahr 2024, das war neuer Rekord innerhalb eines Jahres.

RHEIN-MAIN Flughafen, Autobahnkreuze, Messen: Der Kammerbezirk der IHK Frankfurt gibt den Pulsschlag der Region vor.

Von Boris Wilde (Grafik) und Daniel Schleidt (Daten)

6,2

Prozent betrug die Arbeitslosenquote im IHK-Bezirk im 4. Quartal 2025. Während sie in Frankfurt bei 6,9 Prozent liegt, kommen die Landkreise Hochtaunus (4,7) und Main-Taunus (5,3) auf geringere Werte.

105.000

Unternehmen gibt es im IHK-Bezirk, davon rund zwei Drittel in Frankfurt.

207

Messen, Ausstellungen, Kongresse und Events finden jährlich allein am Messeplatz Frankfurt statt. Dieser verzeichnete 1.066.673 Besucher im Jahr 2024, davon reisten 500.850 aus dem Ausland an.

500.000

Zugreisende in über 1000 Zügen nutzten im Jahr 2024 täglich den Frankfurter Hauptbahnhof.

63,2 Mio.

Fluggäste begrüßte der Frankfurter Flughafen im Jahr 2025. Das ist ein Plus von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und ein Anteil von knapp einem Drittel aller deutschen Verkehrsflughäfen.

11.400

Auszubildende gab es 2024 in den Betrieben im IHK-Bezirk Frankfurt.

473.000

Pendler fahren an Arbeitstagen im Schnitt aus der Region nach Frankfurt rein.

850.000

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte waren 2024 in Frankfurt, im Hochtaunus- und im Main-Taunus-Kreis tätig.

2,6 Mio.

Pendler waren im Jahr 2024 täglich auf den Straßen und den Schienen des gesamten Rhein-Main-Gebiets unterwegs.

370.000

Fahrzeuge überqueren täglich das Frankfurter Kreuz. Es ist einer der meistbefahrenen Straßenknotenpunkte Europas.

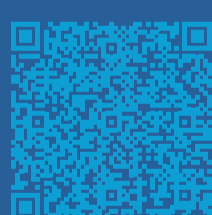
Quellen: IHK Frankfurt, Perform Zukunftsregion Frankfurt/Rhein-Main, Hessisches Statistisches Landesamt.

Foto: Adobe Stock / Bearbeitung FAZ.

„Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Sie lernen in Berufsschulen.“

Darum:

Berufsschulen sanieren, digitalisieren, stärken!



Ausbildung macht mehr aus uns



UNSERE AUSBILDUNG. EURE AUFGABE.

#KÖNNENLERNEN

zur Kommunalwahl 2026

Wirtschaft. Wählt. Zukunft.



Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main